

Podiumsdiskussion zur Ergebnisorientierung der Entwicklungshilfe auf Einladung von Frau Merkel: Bemerkenswerte Offenlegung der Defizite bei den deutschen Leistungen und Positionen

Am Montag fand eine von der Bundesregierung organisierte Podiumsdiskussion statt, die von der Bundeskanzlerin moderiert wurde und wozu der Präsident der Weltbank, der Ministerpräsident von Norwegen, der Präsident von Äthiopien und der Präsident der Nichtregierungsorganisation "One" eingeladen waren. Außerdem saß auch Hr. Niebel als zuständiger Kabinettsminister auf dem Podium.

Dem Thema nach wollte die Veranstaltung für die Ergebnisorientierung der Entwicklungszusammenarbeit werben, gerade so als ob es sich dabei um ein neues Paradigma handle. Dabei gehörte die Ausrichtung des Mitteleinsatzes auf konkrete Erfolge schon zu den fünf Partnerschaftsverpflichtungen, die in der Pariser Erklärung vom März 2005 zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit formuliert wurden.

Wenn mit dieser Themensetzung die Erwartung verbunden war, von dem nicht befriedigenden Umfang der deutschen Finanzierungsbeiträge für die Bekämpfung von Armut und Krankheit abzulenken, so hat sich diese erfreulicherweise nicht erfüllt. Alle anderen Diskussionsteilnehmer machten in ihren Statements deutlich, dass sowohl die Höhe als auch die Qualität der Hilfe zu steigern sei, um die angestrebten Entwicklungsziele zu erreichen. Es wurde auch festgestellt, dass bis auf einige rühmliche Ausnahmen, die Geberländer ihre Versprechen zur Erhöhung der ODA-Leistungen gebrochen haben. Eine kritische Würdigung der Versäumnisse der deutschen Regierung auf diesem Gebiet fand auf dem Podium leider nicht statt. Eine indirekte Bloßstellung bedeutete allerdings die kurze Ansprache des britischen Regierungsvertreters, der als Einziger aus dem Publikum zum Ende der Veranstaltung das Wort ergreifen konnte. Er stellte klar, dass sein Land selbstverständlich trotz der „schwierigen Zeiten“ die Verpflichtung einhalten werde, bereits ab dem Jahr 2013 die anvisierten 0,7% des BNE als Entwicklungshilfe aufzubringen.

Im Vergleich wirkt es noch dreister, wenn auch bei dieser Gelegenheit die Stagnation bei den deutschen Leistungen der öffentlichen Entwicklungshilfe als Bestätigung dafür ausgegeben wird, dass Deutschland seine Verantwortung wahrnehme. In Wirklichkeit stiegen die realen Finanztransfers zugunsten der benachteiligten Länder bis zum Jahr 2009 zwar auf 0,31% des Bruttonationaleinkommens an, aber die Zuwächse waren bestenfalls halb so hoch, als für die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen erforderlich gewesen wäre. Unter der jetzigen Regierung gab es für das laufende Jahr eine noch viel geringere Aufstockung des BMZ-Haushalts als in den Vorjahren, die lediglich 0,01% des BNE entsprach. Der Haushaltsentwurf für 2011 sieht nun überhaupt keine Erhöhung mehr vor. Es ist offensichtlich, dass Deutschland nicht die nötigen Anstrengungen unternimmt, um kurzfristig das von der EU für 2010 ausgegebene Minimalziel von 0,51% des BNE zu erreichen und spätestens bis 2015 den UN-Richtwert von 0,7% des BNE zu realisieren. Nur wenn die Ressourcen rechtzeitig bereitgestellt werden, haben wir aber die Chance die MDGs noch zu verwirklichen.

Die geladenen Gäste machten auch sehr deutlich, dass eine höhere Wirksamkeit nur zu erzielen ist, wenn die multilaterale Organisation der Entwicklungszusammenarbeit ein höheres Gewicht erhält. Der Präsident der Weltbank wies darauf hin, dass die Zersplitterung in zahlreiche bilaterale Geber dazu führte, dass die verantwortlichen Minister in vielen Entwicklungsländern den größten Teil ihrer Zeit mit dem Empfang der Delegationen von Regierungen und Durchführungsorganisationen

verbringen. Besonders wichtig war die Feststellung, dass die konsequente Unterstützung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose unabdingbar ist, wenn die MDGs wirklich erreicht werden sollen. O-Ton Merkel: „Den Fonds wird's freuen“.

Herr Niebel erwähnte bei seinen Einlassungen zwar kurz, dass man als Geberland seine Pflichten erfüllen müsse, sprach im Weiteren aber nur noch davon, dass die „Partner in die Pflicht genommen werden müssen“. Dann räsonierte er über die Entwicklungsländer, die Hilfe in Anspruch nehmen, aber keine eigenen Ressourcen beisteuern. Den naheliegenden und notwendigen Schluss, dass die staatliche Entwicklungshilfe in diesen Fällen stärker die zivilgesellschaftlichen Initiativen und sozialen Bewegungen unterstützen sollte, zog der Minister leider nicht. Stattdessen kritisierte er den Europäischen Entwicklungsfonds dafür, dass dieser auch solche Länder durch Budgethilfe unterstütze, die von Deutschland wegen unzureichender Regierungsführung gar keine Mittel erhalten. Mit der Bemerkung, dass er dafür wohl Prügel in Brüssel beziehen werde, versuchte er mit seiner Unerschrockenheit zu kokettieren. In Wirklichkeit ist diese Attacke eher peinlich für den Urheber, hat doch sein Ministerium für die Entscheidungen dieser Finanzierungsinstitution der Europäischen Union eine große Mitverantwortung, da Deutschland als Mitgliedstaat mit der höchsten Wirtschaftskapazität über ein Fünftel der Beiträge aufbringt. Es war wohl auch ein Ausweichmanöver, weil seine Abneigung gegen multilaterale Organisationen im Fall des Globalen Fonds von allen, die mit der Materie vertraut sind, als vernunftwidrig kritisiert wurde. Zuletzt forderte er noch ein transparentes Steuersystem in den Entwicklungsländern und fügte an, dass auch die Liberalen Steuern nicht für etwas Schlechtes halten. Da konnte sich auch Frau Merkel nicht die Bemerkung verkneifen, dass es „schön sei hier so etwas zu hören“ und dass es neben transparent und einfach „zu Hause immer noch niedrige Steuern heiße“.

Übereinstimmung zwischen beiden herrschte bei der Meinung, dass man stärker die Privatwirtschaft unterstützen müsse und dass dies in Ostasien doch große Erfolge hervorgebracht habe. Dagegen wurde richtigerweise eingewendet, dass die arme Mehrheit nur dann an wirtschaftlichen Fortschritten partizipieren kann, wenn sie zunächst Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung erhält. Leider wurden die immensen sozialen und ökologischen Kosten ausgeblendet, die durch Wirtschaftsmodelle verursacht werden, die auf ungezügelter Profitmaximierung ausgerichtet sind. Diese Kehrseite der hohen Wachstumsraten verweist auch auf die Notwendigkeit einer umfassenderen Definition von Armut, die nicht nur einseitig die Geldeinkommen im Blick hat, sondern auch die - oft menschenfeindlichen - Lebensbedingungen und die - oft bedrohten - Zukunftsperspektiven der Menschen berücksichtigt.

Immerhin erkannte auch Frau Merkel an, dass die internationale Vereinbarung zu den MDGs einen Meilenstein dargestellt habe. Sie stellte auch fest, dass die betreffenden Ziele richtig seien, auch wenn noch nicht alles erreicht werden konnte. Von den Initiatoren so sicher nicht gewollt, machte die Veranstaltung bei näherem Hinsehen aber deutlich, dass die derzeitigen Ergebnisse der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einer Prüfung nicht standhalten können - weder was den Umfang der Leistungen betrifft, noch was die konzeptionellen Vorstellungen der Hauptverantwortlichen angeht.

Joachim Rüppel; z.Z. New York (21. September 2010)